

2.Fachtagung-Pressesbericht

Inhaltsverzeichnis (Ablauf) der Fachtagung:

- Grußworte
Frau Roswitha Beck (Schirmherrin)
...Vorsitzende des [Vereins zur Unterstützung gemeindenaher Psychiatrie in Rheinland-Pfalz](#)
Bernhard Scholten
...[Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit](#)
Dr. H. Michels
...[Gesundheitsamt Trier](#)
- Warum ist Krisenintervention für Menschen mit psychischen Krisen notwendig
Dr. R. Thissen, Wallerfangen
- Forderungen an eine Krisenintervention aus Sicht der Betroffenen
Brigitte Theisen, LVPE Rheinland-Pfalz, Ortsgruppe Trier
- Forderungen an eine Krisenintervention aus Sicht der Angehörigen
W. Gottschling, Landesverband der Angehörigen psychisch Kranker in Rheinland-Pfalz e.V.
- Kriseninterventionsdienst als Aufgabe des gemeindepsychiatrischen Verbundes
Joachim Speicher, DPWW
- Mittagspause
- Strukturmodell der Krisenintervention und Lösungsansatz im Landkreis St. Wendel
Gernot Reppmann, LVPE Saar e.V.
- Struktur und Resultate der Krisenintervention in der Region Gütersloh
M. Burek, WK Gütersloh
- Pause
- Krisentelefon für Menschen mit seelischen Problemen und deren Angehörigen im Kreis Neuwied
Dr. Kettler, Psychiatriekoordinator Neuwied
- Ist **Krisenintervention** im ländlichen Raum angebracht?
Podiumsdiskussion mit allen Referenten

Vorwort

Im Jahre 1992 gründete sich der Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener e.V. (BPE) in Bedburg-Hau, der größten deutschen psychiatrischen Klinik. Zur gleichen Zeit trafen sich Psychiatrieerfahrene und bauten die Selbsthilfegruppe Mainz auf, aus der 1996 die Aktivitäten zum Landesverband gestartet wurden. 20 Psychiatrieerfahrene aus den Ortsgruppen Mainz, Landau und Trier wählten den ersten Vorstand und Vertreter für den Landespsychiatrie-Beirat und den Liga-Ausschuß "Psychiatrie".

Im Frühjahr 1997 starteten die Ortsgruppen Landau, Mainz und Trier mit den ersten Bioethik- und Psychoseseminaren. Unter der Schirmherrschaft von der Frau des Ministerpräsidenten und Kuratoriums-Vorsitzenden des Vereins zur Unterstützung gemeindenaher Psychiatrie in Rheinland-Pfalz, Roswitha Beck, besuchten über 120 Teilnehmer die erste Fachtagung "**Alternativen in der Akutpsychiatrie - Soteria**" in Trier.

Heute hat der Verein 74 Mitglieder und 12 Fördermitglieder in den Ortsgruppen Mainz, Alzey, Worms, Diez, Neuwied, Wittlich und Trier und Mitglieder, die sich keiner Ortsgruppe in dem nördlichen und südlichen Rheinland-Pfalz angeschlossen haben. Wir unterstützten und regten Selbsthilfetag in den kreisfreien Städten und Kreisen des Landes Rheinland-Pfalz an, arbeiteten in Workshops wie "Hilfeangebot für die Kinder psychisch kranker Eltern" und "Wohnverband" mit, besuchten Seminare und Ausstellungen und installierten eine landesweite Beschwerdestelle für psychisch Kranke, deren Angehörigen, Professionelle und Interessierte. Wir regten die landesweite Einführung von Behandlungsvereinbarungen und Krisenpässe an und gingen durch Veröffentlichungen in der Tages- und Fachpresse in die Offensive. Aufgrund unserer Aktivitäten werden wir in den Regionen des Landes in Besuchskommissionen, Psychosozialen Arbeitsgemeinschaften (PSAG), Psychiatrie-Beiräten usw. aufgenommen. Ein Psychiatrie-Erfahrener ist 2. Vorsitzender eines Kreis-Psychiatrie-Beirates.

Mit der 2. Fachtagung "**Krisenintervention im ländlichen Raum**" im Kurfürstlichen Palais in Trier wollen wir den Erfahrungsaustausch zwischen Professionellen, Angehörigen und Psychiatrieerfahrenen fortsetzen und die Vorurteile in der Gesellschaft gegenüber psychisch Kranken abbauen. Dieses Jahr haben wir uns zum Ziel gesetzt, unsere Sichtweisen und Erfahrungen mit gesundheitspolitischen Strukturen zum Ausdruck zu bringen,

Ziele und Forderungen in der Öffentlichkeit zu formulieren und diese in den Gemeinde-, Kreis- und auf Landesebenen durchzusetzen.

Durch gefährdende Umstände wie Verlust eines Menschen, Spannungen in einer wichtigen Beziehung, Veränderung der Familienstruktur, Krankheit, Unfall, Verlust des Arbeitsplatzes und sozialer Rollen sowie Schritte der psychosozialen Entwicklung und Reifung geraten wir in Krisen. Mit ihrer aktiven Auseinandersetzung, dem Zulassen der erlebten Gefühle, die Bereitschaft, sich infragestellen zu lassen und sich neu zu orientieren, die richtige Einschätzung der Bedeutung der augenblicklichen Situation, die Suche nach realen Restitutionsmöglichkeiten und positive Vorerfahrungen mit den früheren Krisen können diese bewältigt werden. Das rasche Handeln verhindert Suizidalität oder Aggressivität sowie Zwangseinweisung oder den freiwilligen Gang in die Psychiatrie. Eine ambulante Betreuung - wie es eine Krisenintervention vorsieht - ist ein rechtliches Problem, das in der deutschen Gesetzgebung nicht vorgesehen ist. Demzufolge akzeptieren und finanzieren die Krankenkassen auch diese langfristige kostenmindernde Behandlung nicht. Unser Anliegen ist es, einen Anstoß für eine politische Diskussion des **Grundsatzes "ambulant vor stationär"** in Bewegung zu setzen, mit den besten Erfahrungen des Krisendienstes aus Gütersloh und des Krisentelefon aus Waldbreitbach. Denn mit der frühzeitigen ambulanten Behandlung können wir neben den Kosteneinsparungen in den Krankenkassen unseren Arbeitsplatz behalten und unserer Familie viel Leid aus der Öffentlichkeit ersparen.

Franz-Josef Wagner

2. Vorsitzender Landesverband Psychiatrie-Erfahrener Rheinland-Pfalz e.V.